

Die Hochschulen zukunftsfest machen

Auch im Jahr 2024 haben wir viele hochschulpolitische Ideen und die Rückmeldungen aus der hochschulischen Praxis an das Wissenschaftsministerium gerichtet. Mit Erfolg, etwa bei der Schaffung eines **integrierten Bachelor-Abschlusses** im Jura-Studium, der die Studienleistungen bis zum ersten Examen honoriert und den psychischen Druck verringert. Nicht durchsetzen konnten wir eine Änderung bei der **Statusgruppe der Promovierenden**, die sich in den Beteiligungsgremien der Hochschulen nicht angemessen vertreten sehen. Die grün-schwarze Koalition sperrte sich auch gegen die notwendige **Erhöhung um 200 Studienplätze an den beiden Verwaltungshochschulen** in Kehl und Ludwigsburg, obwohl in den nächsten Jahren hunderte Verwaltungsfachkräfte fehlen werden. Immerhin sorgte unser Drängen für 100 zusätzliche Plätze. Nicht einlassen wollte sich Grün-Schwarz jedoch auf einen genaueren Blick auf die **„Leerkosten“ für kleine, marginal nachgefragte Studiengänge**, wie es auch der Rechnungshof angemahnt hat.

Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gebietet unsere Verfassung

Die Freiheit von Forschung und Lehre wird vom **Grundgesetz und unserer Landesverfassung garantiert**. Wir entdeckten aber **faktische Schranken** und haben uns stark gemacht für eine **Abschaffung der Transparenzklausel**, gegen die einseitige Fokussierung der For-

schungsförderung auf die Klimaschutzziele und für **niederschwellige Beratungsangebote** für Hochschulangehörige, die von Anfeindungen betroffen sind. **Garant für die Wissenschaftsfreiheit ist eine auskömmliche Hochschulfinanzierung**. Deshalb haben wir unsere Prämissen für eine neue Hochschulfinanzierungsvereinbarung in die Diskussion eingebracht, etwa eine reale Inflationskomponente und Vorsorge für Unvorhergesehenes wie Energiepreissteigerungen.

Grün-schwarzes Chaos in der Kulturförderung

Zur Haushaltskonsolidierung stampfte das Ministerium einige **Förderprogramme für die Kultur** ein. Wir stemmten uns vehement gegen die alte Schwabenlösung „Mir brauchet koi Kunsch, mir brauchet Grombiera“ in der Kulturpolitik. Klar ausgenommen von dieser Lösung scheint indes die **Sanierung der Stuttgarter Staatsoper**, zumindest bei den Grünen. Denn es gibt mittlerweile die berechtigte Sorge, dass sich die Kosten auf bis zu zwei Milliarden Euro belaufen könnten. Man hält aber am Fahrplan für die Sanierung unbeirrt fest. Nach neuesten Prognosen wird die Sanierung nochmals vier Jahre länger dauern – es droht ein **„Stuttgart 44“**. Allein die Projektgesellschaft kostet jährlich zwei Millionen Euro ohne erkennbare Fortschritte. Wir haben deshalb gefordert, die bestehende Planung auszusetzen und eine Entscheidung des Landtags zu jedem der drei Teilprojekte herbeizuführen.

INITIATIVEN

- » Einführung eines integrierten Bachelors im Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaft in Baden-Württemberg [Drucksache 17/7685](#)
- » Fortentwicklung der Statusgruppe der Promovierenden [Drucksache 17/7161](#)
- » Ausweitung der Studienkapazitäten an den Verwaltungshochschulen [Drucksache 17/7323](#)
- » Leerkosten für stark unterausgelastete Masterstudiengänge [Drucksache 17/7310](#)
- » Bedeutung der Krankenhausreform des Bundes für die geplante Kooperation der Universitätskliniken Heidelberg und Mannheim [Drucksache 17/7810](#)
- » Ombudspersonen f. d. Wissenschaftsfreiheit a. d. bad.-württ. Hochschulen [Drucksache 17/7056](#)
- » Schaffung von unbefristeten Stellen an den Hochschulen [Drucksache 17/7541](#)
- » Auswirkungen der Klimaschutzziele der Landesregierung auf Wissenschaft, Forschung und Innovation in Baden-Württemberg [Drucksache 17/7051](#)
- » Laufende Förderprogramme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Kulturbereich [Drucksache 17/6660](#)
- » Zeitplan für die Sanierung der Württembergischen Staatstheater [Drucksache 17/7808](#)

ANSPRECHPARTNER



Dennis Birnstock Mdl

Sprecher für Forschung

dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9210



Dr. Timm Kern Mdl

Sprecher für Hochschulen

timm.kern@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9350



Stephen Brauer Mdl

Sprecher für Kultur

stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9300



Benjamin Haak

Parlamentarischer Berater

benjamin.haak@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9023

Das Fünfte Hochschulrechtsänderungsgesetz

Mit dem fünften Hochschulrechtsänderungsgesetz wurden zahlreiche Verbesserungen für den Hochschulstandort Baden-Württemberg erreicht. Es fehlten allerdings viele Weichenstellungen für die Zukunft, die wir uns für die Hochschulen im Land gewünscht hätten.

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung umfasste neben fraglos sinnvollen Maßnahmen, etwa zugunsten der **Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen**, der **Rechtssicherheit bei Onlineprüfungen** oder zugunsten der **Digitalisierung**, aber auch irritierende Ideen aus dem Wissenschaftsministerium. So wurde für den Hochschulzugang eine **individuelle Zugangsprüfung** ermöglicht, damit ausländische Studieninteressierte direkt ein Studium aufnehmen können. Die grün-schwarze Landesregierung schaffte aber entgegen ihren Zusicherungen die **Gebühren für internationale Studierende** nicht ab, die den größten Wettbewerbsnachteil für die baden-württembergischen Hochschulen darstellen.

Als zu **ambitionslos** mussten wir den Entwurf schließlich kritisieren, da zahlreiche Zukunftsthemen nicht angegangen und unsere entsprechenden Änderungsanträge von der Landesregierung abgelehnt wurden. Als Beitrag für den **Bürokratieabbau** wollten wir bestehende Zu-

stimmungserfordernisse durch das Ministerium und die Transparenzklausel für die Forschung abschaffen. Als Impuls für **Digitalisierung** und ein breiteres Studienangebot, das zudem ort- und zeitunabhängig wäre, hatten wir abermals den Anschluss an die Virtuelle Hochschule Bayern eingefordert. Und schließlich sahen wir es mit der Zuerkennung des Promotionsrechts für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften als geboten an, nicht nur die forschungsstarken Professorinnen und Professoren in ihrem Lehrdeputat zu entlasten, sondern auch einen **Ausgleichsmechanismus** zu etablieren, der sodann entfallende Lehre kompensieren würde. Dies wäre aus unserer Sicht ein geeigneter, maßvoller Einstieg in den **Ausbau eines Mittelbaus an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW)** und würde diese wichtige Hochschulart in ihrer marktnahen Forschung unterstützen. Auch für diesen Zukunftsimpuls blieb uns aber die Zustimmung von den Regierungsfractionen leider verwehrt.

ARBEITSKREIS

Wissenschaft

ANSPRECHPARTNER

Dennis Birnstock MdL
Dr. Timm Kern MdL
Stephen Brauer MdL



Positionspapier

Freiheit, Forschung, Fortschritt – liberale Positionen für innovative und zukunftsweisende Wissenschaft, Forschung und Lehre